"Das kann nicht gut sein für die Koalition"

Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) über die Koalition und die FDP

SPIEGEL: Herr Minister Zimmermann, nach der Europa-Wahl ist Ihr Koalitionspartner FDP über den Berg – von nun an geht's steil bergab. Was nun?

ZIMMERMANN: Die Wahl ist nur ein Zwischenergebnis. Sie war eine risikolose Möglichkeit für den Wähler, sich nach dem jeweiligen Seelenzustand zu äußern, und deswegen sollte man das Ergebnis nicht überbewerten.

SPIEGEL: Sie erwarten doch nicht im Ernst, daß wir Ihnen in Ihrer verharmlosenden Darstellung folgen. Zum ersten Mal ist die FDP bundesweit an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Das ist doch ein Zeichen. Die Überlebensfähigkeit der FDP ist in Frage gestellt.

ZIMMERMANN: Es war eine Wahl, bei der es in den Augen der Bevölkerung um nichts Besonderes ging, und daher war die Wahlbeteiligung so gering. Die Leute wissen sehr wohl, was für reale Einflußmöglichkeiten das Europäische Parlament hat.

SPIEGEL: Und die haben nach Ihrer Meinung alle nicht gewußt, daß es um einen Test ging oder daß das Ergebnis wenigstens so ausgelegt würde?

ZIMMERMANN: Die Leute kümmern sich nicht darum, was Sie oder die sonstige Presse für einen Test halten wollen. Die gehen zur Wahl, wenn sie meinen, das ist wichtig – siehe Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz . . .

SPIEGEL: ... wo die FDP auch einen auf den Rüssel bekam.

ZIMMERMANN: Richtig, richtig, was in Verbindung mit der allgemeinen Stimmung ja auch keine Überraschung war. Ich habe viele, viele Wochen vor der Wahl gesagt: Ich rechne mit Verlusten der CDU/CSU, aber mit genauso großen Verlusten der SPD, und ich glaube, daß die FDP bei dieser Wahl die Fünf-Prozent-Grenze nicht erreicht und die Grünen die einzigen sind, die gewinnen würden. Und es war genauso.

SPIEGEL: Wenn Sie schon den Eindruck vermitteln wollen, die FDP sei keine absterbende Partei, darf man von einer absterbenden Führung reden?

ZIMMERMANN: Ich glaube, der Bundeskanzler war es, der gesagt hat: "Totgesagte leben manchmal am längsten." Die FDP hat schon viele Krisen überstanden in der Zeit, in der ich in der Politik bin – und das sind 35 Jahre. Da muß man vorsichtig sein. Bei einer Bundestagswahl, glaube ich, wäre die FDP über fünf Prozent gekommen.



Zimmermann (M.), SPIEGEL-Redakteure *: "Machbares möglich machen"

SPIEGEL: Und die Führung der FDP soll eine Niederlage nach der anderen überleben? Die jüngeren Leute scharren doch schon mit den Hufen.

ZIMMERMANN: Die müssen sich zuerst einmal den notwendigen Bekanntheitsgrad verschaffen, und das wird nicht so leicht sein; aber diesen Prozeß muß die FDP mit sich selber ausmachen. Ob man so einfach die ganze Führung auswechseln kann und damit Erfolg hat, das wage ich zu bezweifeln.

SPIEGEL: Also wollen Sie ernsthaft so tun, als sei nichts passiert?

ZIMMERMANN: So will ich nicht verstanden werden. Ich will aber das Ergebnis dieser Europa-Wahl mit einer Wahlbeteiligung von 56 Prozent nicht dramatisieren.

SPIEGEL: Täte die Union nicht besser daran, sich auf den Ernstfall umzustellen? Muß sie nicht sinnvollerweise ihre Strategie ändern und sich Mehrheiten ohne die FDP suchen?

ZIMMERMANN: Bitte, ich erinnere Sie an die Zwischenergebnisse bei der Adenauer-Zeit, wo Landtagswahlen regelmäßig zu Lasten der Regierung ausgegangen sind. Was die Strategie-Änderung anbetrifft, so würde ich mir natürlich wünschen, daß vieles bei der FDP anders gemacht würde, gerade auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik. Aber die Koalition als solche ist mangels Alternative für die Union und für die FDP nicht in Gefahr.

SPIEGEL: Wenn die FDP knapp unter fünf Prozent abstirbt, ist Ihre Koalition hin und eine absolute Mehrheit der Union – bei der Sitzverteilung – möglich.

ZIMMERMANN: Es ist immer zweckmäßig, sich nicht ausschließlich auf die absolute Mehrheit zu verlassen, die bekanntlich in der Bundesrepublik Deutschland nur einmal – 1957 – mit 50,2 Prozent für die Unionsparteien erreicht worden ist.

SPIEGEL: Sie wollen also neuerdings die FDP lieber päppeln, statt gegen sie zu pöbeln?

ZIMMERMANN: Von Pöbeln konnte nie die Rede sein. Und zwischen Päppeln und Bekämpfen gäbe es noch normales Koalitionsverhalten.

SPIEGEL: Dann fällt freilich die Partei nicht mehr auf. Die FDP lebte aber wunderbar davon, wenn sie Krach mit der CSU hatte.

ZIMMERMANN: Diese Partei kann, wenn sie will, jederzeit eine ausreichende Klientel haben, wenn sie vernünftige und transparente Politik macht.

Paul Lersch, Dirk Koch; vor Zimmermanns Ministerium.

SPIEGEL: Was ware "vernünftige Politik" nach Ihrer Meinung?

ZIMMERMANN: Die FDP sollte sich als eine mittelständische Wirtschaftspartei installieren. Denn daß sie sich als linksliberale Partei geriert, wie es manche in der FDP wollen, das halte ich für absolut neben der Sache. Wenn jemand – um ein konkretes Beispiel zu nehmen – gegen den fälschungssicheren Personalausweis ist, dann kann er die Grünen und die SPD wählen. Dazu braucht er wirklich nicht die FDP.

SPIEGEL: Wollen Sie dem Partner endgültig den Garaus machen? Schließlich treibt die Regierung doch auch ohne die FDP Mittelstandspolitik.

ZIMMERMANN: Die FDP hat keine Sozialausschüsse, keinen Gewerkschaftsflügel, ihre Wähler erwarten von ihr nicht sozialpolitische Initiativen. Daraus ergibt sich eine natürliche Zuweisung. Und ich erinnere daran: Ich bin mit dem Wirtschaftsminister, Graf Lambsdorff, in der Mehrzahl der wirtschaftspolitischen Fragen, die im Kabinett besprochen worden sind, einer Meinung. FDP und CSU sind vehement für ein Steuerpaket aus einem Guß und in einem Akt im Jahre 1986 eingetreten, und das haben wir ja nun bereits, beginnend mit 1986, durchgesetzt.

SPIEGEL: Daran sind Zweifel erlaubt. Aber es wäre das Ende der FDP, wenn sich herumspricht, daß sie mit der CSU immer einer Meinung ist.

ZIMMERMANN: Doch nicht, was eine Steuerreform im Lohn- und Einkommensteuerbereich anbetrifft. Das zeigt nur, daß die CSU ebenfalls eine liberale Wirtschaftspolitik vertritt.

SPIEGEL: Tatsächlich wünschen Sie sich doch eine FDP, die Ihnen keine Probleme bereitet – oder gar keine FDP.

ZIMMERMANN: Ich wünsche mir eine FDP, die nicht bei dem, was vereinbart ist, ständig Schwierigkeiten macht oder durch einige wenige Schwierigkeiten machen läßt.

SPIEGEL: Schwierigkeiten entstehen doch aus ganz anderen Gründen: Weil im Kabinett nur noch – vor allem auf seiten der Freidemokraten – angeschlagene Gestalten sitzen.

"Angeschlagene ZIMMERMANN: Gestalten" ist Ihre Formulierung. Das wird auch durch ständige Wiederholung nicht attraktiver. Ich habe deutlich gesagt, wo ich mir eine konstruktive Mitarbeit der FDP wünsche. Das sind die Gebiete Ausländerrecht, Rechts- und Innenpolitik, wo die Bundestagsabgeordneten der Union jede Woche eine unerhörte Mühe aufwenden, mit dem Koalitionspartner klarzukommen. Und wenn die Notwendigkeit besteht, eine Etage höher zu gehen ins Koalitionsgespräch, dann wünsche ich mir natürlich, daß die Führung der FDP Autorität hat. Wenn sie in ihrer Autorität leidet, wie das jetzt der Fall ist, dann kann das nicht gut sein für die Koalition.

SPIEGEL: Gerade FDP-Justizminister Engelhard, auch im Selbstverständnis der Liberalen kein Ruhmesblatt für die Regierung, macht Ihnen Ärger.

ZIMMERMANN: Es widerspricht meinem Stilempfinden, Männer, die mit mir im Kabinett sitzen, zu qualifizieren.

SPIEGEL: Schade. Aber dem Stilempfinden von Justizminister Engelhard widerspricht es nicht, Sie zu disqualifizieren, nämlich als "Ankündigungsminister". Ist das nicht peinlich für Sie, ausgerechnet von einem der Schwächsten im Kabinett so dargestellt zu werden?

ZIMMERMANN: Der Kollege Engelhard hat es sicher bei seinem Parteitag nötig gehabt, ein bißchen Muskeln zu zeigen. Das war zwar nicht die feine englische Art, aber es ist verständlich.

SPIEGEL: Auch liegenlassen kann eine Entscheidung sein. Ist dies nicht ein Zeichen dafür, daß der angeblich so durchsetzungsfähige Innenminister Zimmermann sich nicht durchsetzen kann?

ZIMMERMANN: Der durchsetzungsfähige Innenminister braucht Mehrheiten in der Koalition.

SPIEGEL: Eben. Die hat er nicht.

ZIMMERMANN: Wenn in der Koalition eine Mehrheit nicht zu finden ist, dann ist das nicht das Verschulden des Innenministers, der in der Bevölkerung, auch bei den FDP-Anhängern, zum Beispiel mit seiner Ausländerpolitik über eine 80- bis 90prozentige Mehrheit verfügt.

SPIEGEL: Das nützt ihm nichts. Müßte der Kanzler nicht nachhelfen?



Koalitions-Streitthema Volkszählung*: "Selbstverständlich im nächsten Jahr"

SPIEGEL: Herr Engelhard, oder sagen wir: die FDP hat immerhin einige Erfolge gegen Sie zu verzeichnen: Beamten-Beihilfe für Abtreibung aus sozialen Gründen wird gegen Ihren Willen weitergezahlt. Die Pläne über Vermummung und passive Bewaffnung scheiterten

ZIMMERMANN: Langsam! Eine Änderung des Landfriedensbruch-Paragraphen ist auf den Weg gebracht. Das Vermummungsverbot habe ich geprüft und halte es im übrigen mit der Gewerkschaft der Polizei für notwendig.

SPIEGEL: Engelhard hat auch geprüft und ist dagegen.

ZIMMERMANN: Das ist in der Koalition noch nicht entschieden.

ZIMMERMANN: Der Bundeskanzler kann auch nicht mit Gewalt die, die nicht wollen, von der Stelle bewegen.

SPIEGEL: Schwächt die Wahlniederlage der Liberalen nicht ihre Position und stärkt – paradoxerweise – die FDP, weil die Liberalen die Profilierung gegen Zimmermann brauchen?

ZIMMERMANN: Nun gut, wenn das der Fall sein sollte, dann waren sie in der Profilierungsabsicht am vorletzten Sonntag nicht sehr erfolgreich. Das heißt, ich kann nur jedem in der FDP raten, über das Wahlergebnis unter diesem Gesichtspunkt nachzudenken.

SPIEGEL: Die FDP wird eher, in ihrer Not, der schönen Versuchung erliegen, den Innenminister als Punching-Ball zu benutzen.

ZIMMERMANN: Ich habe mich nie als Punching-Ball gefühlt, und das wird

^{*} Gegendemonstranten im hessischen Butzbach 1983.

auch in Zukunft nicht der Fall sein. Ich spiele hier meine eigene Rolle und versuche, das, was in der Koalitionsvereinbarung steht, durchzubringen und ansonsten in der täglichen Arbeit die Flagge zu zeigen, die ich zeigen will. Und was geht, entscheidet in der Demokratie die Mehrheit – und was nicht geht, auch.

SPIEGEL: Das meiste von dem, was Sie wollen, geht offenbar nicht. Steckengeblieben sind Ihre Pläne im Sicherheitsbereich. Nehmen wir mal den Datenschutz.

ZIMMERMANN: Moment. Wir sind bei der Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes. Wir sind dabei, das enorm ergiebige Volkszählungsurteil auszuwerten. Das ist ja keine einfache Aufgabe. Die wissenschaftlichen Meieinstimmig vom Bundestag und Bundesrat beschlossenes Gesetz, bei dem das Volkszählungsurteil die Notwendigkeit der Überprüfung nahegelegt hat. Das geschieht.

SPIEGEL: Aber es kommt nicht voran, weil die Liberalen andere Vorstellungen von Überprüfung haben.

ZIMMERMANN: Ja, es läßt sich nicht leugnen, die FDP bildet zusammen mit der CDU/CSU die Mehrheit.

SPIEGEL: Sie glaubten früher, nur ein paar hergelaufene staatszerstörende Elemente hätten Bedenken gegen die Volkszählung.

ZIMMERMANN: Mittlerweile trennen uns 14 Jahre von der letzten Volkszählung. Von der Wirtschaft bis zum Wohnungsbau schreit alles nach einer

Koalitions-Streitthema Ausländer*: "Nach dem Willen der Bevölkerungsmehrheit"

nungen sind durchaus nicht einheitlich. Die Innenministerkonferenz hat erst vor zwei Wochen den fälschungssicheren Personalausweis behandelt, den die Regierung ja auf den 1. November 1985 vertagt hat. Bis dahin werden wir das Gesetz novellieren.

SPIEGEL: Nach den Wünschen der

ZIMMERMANN: Ich muß das, was kompromißfähig ist, kompromißfähig machen.

SPIEGEL: Das Publikum hatte nach Ihren bisherigen Einlassungen den Eindruck: Was Zimmermann will, wird gemacht. Plötzlich reden Sie von Kompromissen. Das sind neue Töne. Was ist los?

ZIMMERMANN: Was heißt "neue Töne"? Hier handelt es sich um ein fast

* Türkische Gastarbeiterfamilie in Gelsenkirchen.

Volkszählung, von den Melderegistern der Gemeinden gar nicht zu reden, die eine Fehlerquote von über zehn Prozent haben.

SPIEGEL: Sie mögen ja einige richtige Argumente haben. Aber Sie sind aufgelaufen bei den Richtern in Karlsruhe mit dem Gesetz...

ZIMMERMANN: Selbstverständlich wird es im nächsten Jahr eine Volkszählung geben, aufgrund des Volkszählungsurteils verändert, aber die Volkszählung als solche ist erlaubt, und sie ist längst überfällig.

SPIEGEL: Aber nicht, wie Sie es wollten. Haben Sie den Instinkt für das Machbare verloren?

ZIMMERMANN: Ich muß das Machbare möglich machen. Und was machbar ist, entscheidet die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionsparteien.

SPIEGEL: Sie müssen sich nötigen lassen? Ist aus dem starken Mann ein dressierter Mann geworden?

ZIMMERMANN: Ihre Wortschöpfungen zeigen nur, daß Ihnen demokratisch-parlamentarische Entscheidungsprozesse nicht geläufig sind.

SPIEGEL: Keine Sorge. Uns wundert nur, wie zahm sich der Innenminister plötzlich aufführt. Wird es nicht langsam peinlich für Sie, wie sich die Mißerfolge häufen, wenn schon vom "Papiertiger" geschrieben wird und über den "Abschied von der Ausländerpolitik des Friedrich Zimmermann"?

ZIMMERMANN: Nur zu, langsam stapeln sich Ihre Worthülsen. In der Ausländerpolitik werden wir ja sehen, ob hier nach dem Willen einer Dreiviertelmehrheit der Bevölkerung entschieden wird oder ob einige in der FDP glauben, wichtige Entscheidungen blokkieren zu können. Das wird ausgetragen werden.

SPIEGEL: Das ist ausgetragen. Sie wollten den Nachzug aus der Türkei von Kindern über sechs Jahren und den Nachzug von Ehefrauen in der zweiten Generation verhindern. Damit ist der Innenminister aufgelaufen.

ZIMMERMANN: Davon kann überhaupt keine Rede sein. Da laufen die Verhandlungen mit der Türkei. Gerade dieser Tage habe ich über diese Fragen mit dem türkischen Außenminister gesprochen.

SPIEGEL: Der Bundeskanzler und der Arbeitsminister haben Ihnen den Beistand versagt.

ZIMMERMANN: Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung vom 4.Mai 1984 schreiben die Ziele für alle verbindlich fest. Richtig ist aber auch, daß sich der Bundeskanzler und der Arbeitsminister schwer tun bei der Sechsjahresgrenze.

SPIEGEL: Eben.

ZIMMERMANN: Aber ich bleibe bei meinem Argument: Gerade bei ausländischen Kindern ist es eine Notwendigkeit, sie so früh wie möglich in die Bundesrepublik zu holen. Nur dann haben sie die Chance auf einen ordentlichen Schulabschluß und damit eine Zukunftsperspektive. Diesen Standpunkt hat mir bisher noch niemand, auch nicht von den Kirchen, widerlegen können.

SPIEGEL: Zum Ehefrauen-Nachzug hat Koalitionspartner Genscher Sie kühl abfahren lassen: kein Handlungsbedarf, solange die angeblich so zahlreich nachreisewilligen Ehegatten nicht an den Grenzen stehen.

ZIMMERMANN: Ich weiß, daß es hier verschiedene Meinungen gibt, was die Einschätzung des Nachzugspotentials anbetrifft.

SPIEGEL: Das sind offenbar auf Ihrer Seite weit übertriebene Vorstellungen.

ZIMMERMANN: Ich muß mich danach richten, was kommen könnte. Wenn aber, wozu übrigens der Koalitionspartner bereit ist, der Innenminister eine Rechtsverordnung erlassen kann, also im Falle von Gefahr im Verzug sofort handeln kann, dann ist das für mich zum Beispiel in dieser Frage ein erträglicher Kompromiß.

SPIEGEL: Dieser Punkt wird dann der neue Koalitionskonflikt werden: Gibt's die Gefahr, oder gibt's die nicht? Also: Das Problem ist verschoben.

ZIMMERMANN: Nein, es ist nicht verschoben. Es gibt eine Vorsorgemaßnahme. Und wenn's keine Bewegung gibt, dann braucht man nicht zu handeln.

SPIEGEL: "Wir machen jetzt Ernst", haben Sie in der Türkei verkündet. Seither ist ein Jahr vergangen. Und wir wollen festhalten: Das Thema Ehegatten-Nachzug wird in Zukunft vielleicht geregelt. Kindernachzug ist abgelehnt.

ZIMMERMANN: Nein. Wir sind in der Türkei in Verhandlungen über ein Paket, das von wirtschaftlicher über militärische Hilfe bis zu ausländerrechtlichen Regelungen reicht. Hier sind noch alle Möglichkeiten offen.

SPIEGEL: So schön sieht der Bundesinnenminister auch nicht aus, wenn man ihn an seinen Ankündigungen in Sachen Umweltschutz mißt.

ZIMMERMANN: Da sieht er hervorragend aus. Bevor ich Innenminister wurde, war der Umweltschutz in der Rolle des Bittstellers, und heute stehen die Ziele des Umweltschutzes gleichberechtigt neben wirtschaftlichen Interessen.

SPIEGEL: Sie wollten die Wälder retten und versprachen, zum 1. Januar 1986 werden in der Bundesrepublik nur noch abgasarme Autos zugelassen. Glauben Sie noch daran?

ZIMMERMANN: Ich habe nie den Eindruck erweckt, wie wenn ich in einem Zeitraum von anderthalb Jahren das langsame Schiff der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet des Umweltschutzes in ein Schnellboot verwandeln könnte. Ich habe immer gewußt, was für zögerliche Haltungen es auf dem Gebiet des abgasarmen Automobils und des bleifreien Benzins innerhalb der Gemeinschaft gibt. Ich nenne vor allem Frankreich und Italien.

Aber daß heute die Schweiz und Österreich, daß Dänemark und die drei skandinavischen Staaten - Schweden, Norwegen und Finnland – in dieser Sache voll mit uns mitziehen, daß immerhin auch Italien die Einführung bleifreien Benzins zugesagt hat, ja, daß die DDR sogar bei ihren Automobilen und dem, was sie bis jetzt an Emissionen aus dem Automobil hat, das gleiche tun will, daß wir jetzt, in diesen Tagen eine Umweltminister-Konferenz, eine Ost-West-Konferenz in München unter meinem Vorsitz haben, an der 29 Staaten teilnehmen, darunter die USA und Kanada, die meisten europäischen Staaten, aus dem Ostblock die UdSSR, die DDR, Ungarn,



Tschechoslowakei und Polen und vier internationale Organisationen . . .

SPIEGEL: Schön und gut, aber davon hat der deutsche Wald nichts.

ZIMMERMANN: Moment mal. Die jahrzehntelangen Schädigungen des deutschen Waldes kann doch nicht der deutsche Innenminister von einem Tag auf den anderen in einen Gesundungsprozeß verwandeln. Aber: Großfeuerungsanlagenverordnung, TA Luft Teil 3, Bundes-Immissionsschutzgesetz Paragraph 17, Abs. 2, wo die wirtschaftliche Vertretbarkeit in Zukunft der Verhältnismäßigkeit weichen muß. Sie sehen das doch aus den Reaktionen der beteiligten Industrie, von den Kraftwerken bis zur Chemie und zur Automobilindustrie die alle jammern, das sei unerhört, in welchem Tempo der Innenminister als Umweltminister hier vorgeht. Also kann meine Umweltpolitik so schlecht nicht gewesen sein.

SPIEGEL: Eine nette Presseerklärung. Die Frage bleibt: Werden vom 1. 1. 1986 an nur abgasarme Autos zugelassen?

ZIMMERMANN: Ab 1986 wird es in der Bundesrepublik Deutschland Autos nach dem Stand der Technik in allen wichtigen Fahrzeugklassen geben. Im Jahr 1986 werden wir auch ein flächendeckendes Netz von bleifreien Tankstellen in der Bundesrepublik haben. Es wird aber kein Gebot oder Verbot geben, daß nur solche Fahrzeuge zugelassen werden können, weil das eine Diskriminierung anderer Partner in der Europäischen Gemeinschaft wäre.

SPIEGEL: Also bleibt es jedem überlassen, sich an Ihre Wünsche zu halten oder nicht. Das ist neu.

ZIMMERMANN: Wir müssen mit steuerlich begleitenden Maßnahmen die Einführung abgasarmer Autos unterstützen, und das werden wir tun.

SPIEGEL: Aber Finanz- und Wirtschaftsminister wollen Ihnen nicht zubilligen, daß der Käufer eines so verteuerten Autos 1000 Mark Subvention bekommt.

ZIMMERMANN: Ich habe meinen politischen Instinkt.

SPIEGEL: Der hat Sie schon manchmal getrogen.

ZIMMERMANN: Selten, selten. Wie die Mitglieder des Kabinetts am 3. Juli nach dem Erfolg der Grünen am vorletzten Sonntag abstimmen werden, dem sehe ich mit Ruhe und Gelassenheit entgegen.

SPIEGEL: Ihre CSU ist doch mit dem Kabinett gar nicht zufrieden, die Karten sollten neu gemischt werden, hat Ihr Parteifreund Tandler gesagt. Wird es nach einem Rücktritt Lambsdorffs ein größeres Revirement geben?

ZIMMERMANN: Also, das wird vor allem davon abhängen, ob die FDP in der Lage ist, falls notwendig, das Wirtschaftsressort mit einem erstklassigen Mann zu besetzen. Hier habe ich bis jetzt nichts Überzeugendes gehört.

SPIEGEL: Herrn Bangemann empfinden Sie nicht als überzeugend?

ZIMMERMANN: Ich will über keine Namen spekulieren.

SPIEGEL: Aber Sie haben von Herrn Bangemann gehört?

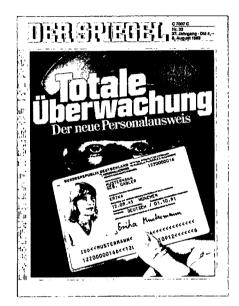
ZIMMERMANN: Ich habe unter anderem auch von Herrn Bangemann gehört.

SPIEGEL: Und von Herrn Hoppe? Und von Herrn Morlock?

ZIMMERMANN: Hab' ich auch schon gehört.

SPIEGEL: Wäre denn Herr Mischnick eine Lösung?

ZIMMERMANN: Ein langjähriger Fraktionsführer der FDP ist jederzeit für jedes wichtige Kabinettsamt akzeptabel.



SPIEGEL-Titel 32/1983 "Zum 1. November 85"

SPIEGEL: Und wenn Herr Mischnick nicht zur Verfügung steht?

ZIMMERMANN: Die CSU hätte doch eine Besetzung: den bayrischen Ministerpräsidenten.

SPIEGEL: Will der denn noch in ein solches Unternehmen einsteigen?

ZIMMERMANN: Warum nicht?

SPIEGEL: Weil das schon nicht mehr den besten Ruf genießt.

ZIMMERMANN: Er könnte ja die Absicht haben, den Ruf des Unternehmens durch seinen Eintritt zu verbessern.

SPIEGEL: Als Wirtschaftminister oder vielleicht gar als Nachfolger des Außenministers Genscher?

ZIMMERMANN: Meine Herren, alles pure Spekulation. Fragen Sie den Ministerpräsidenten.

SPIEGEL: Ein weiteres Ressort steht zur Debatte: das Justizministerium.

Können Sie sich denn mit dem Gedanken anfreunden, daß künftig anstelle von Engelhard das von Ihnen so genannte Sicherheitsrisiko gemeinsam mit Ihnen im Kabinett sitzt, nämlich Ihr Vorgänger Gerhart Baum?

ZIMMERMANN: Ich halte das für unwahrscheinlich. Nach meinen Informationen bleibt Herr Engelhard im Kabinett.

SPIEGEL: Sie haben sich doch sonst immer gerne abträglich über Ihren Vorgänger geäußert. Warum jetzt so zurückhaltend?

ZIMMERMANN: Das ist schon lange

SPIEGEL: Ist das nun besonders wohlwollend oder besonders infam von Ihnen, wenn Sie wünschen, daß der FDP Gestalten wie Engelhard oder Genscher erhalten bleiben? Weil so das Ende um so sicherer kommt?

ZIMMERMANN: Ich sehe, daß ich es Ihnen schwer recht machen kann. Wenn ich jetzt sagen würde, daß ich anstelle der beiden gerade genannten Herren viel lieber Herrn Hirche und Herrn Brüderle sehen würde – was würden Sie dann zu mir sagen?

SPIEGEL: Dann würden wir Sie fragen: Warum nicht Baum oder Hirsch?

ZIMMERMANN: Sie haben vorhin von der jungen Garde als Nachfolger gesprochen. Aber es ist doch völlig gleichgültig, wie gut oder wie schlecht ich es mit dieser Partei meine. Sie ist mein Koalitionspartner für diese Legislaturperiode. Aus diesen Gründen wünsche ich, daß sie in einer Art und Weise Regierungspolitik mit der CDU/CSU macht, die zum Erfolg in der nächsten Bundestagswahl führt.

SPIEGEL: Right or wrong, my FDP. ZIMMERMANN: Ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGEL: Moment, Herr Zimmermann, wir wollten Sie noch zu Ihrem Kanzler befragen. Hätten Sie sich nicht mehr Hilfe erwartet?

ZIMMERMANN: Der Bundeskanzler kann keinen Minister so total unterstützen, wie dieser sich das wünscht. Der Bundeskanzler hat im besonderen Maße Rücksicht auf die verschiedenen Koalitionspartner zu nehmen.

SPIEGEL: Sie sind sehr nachsichtig mit Ihrem Kanzler. Wünschen Sie sich nicht einen entscheidungskräftigeren Kanzler, der die Dinge nicht so lange hinzieht? Sonst entsteht der Eindruck, dieser Zimmermann verspricht zwar eine Menge, aber zu oft bleibt es bei den Ankündigungen.

ZIMMERMANN: Meine politischen Zielvorstellungen sind nicht Selbstzweck, sondern sollen zum Erfolg dieser Bundesregierung beitragen. Das weiß auch der Bundeskanzler.

SPIEGEL: Herr Zimmermann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.